Zeitschrift: Thema-Bulletin = Bulletin thématique / Forum Helveticum
Herausgeber: Forum Helveticum
Band: 1 (2001)

Artikel: Schweiz-EU : Optionen und Hausaufgaben
Autor: Kündig, Gregor
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-833110

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

SCHWEIZ-EU: OPTIONEN UND HAUSAUFGABEN

Gregor Kündig, economiesuisse[1]

Mit dem Nein von Volk und Ständen vom 4. März 2001 zur Initiative „Ja zu Europa", welche die unverzügliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur europäischen Union forderte, sind nach Auffassung von economiesuisse die integrationspolitischen Weichen so gestellt worden, dass der bilaterale Weg im Verhältnis Schweiz - EU noch auf einige Jahre hinaus der einzig zur Verfügung stehende Ansatz ist, welcher eine weitere Annäherung an die EU ermöglicht. Angesichts des lebhaften Interesses der EU, mit der Schweiz die Bereiche Betrugsbekämpfung und Zinsbesteuerung zu regeln, sind dem weiteren bilateralen Weg durchaus gute Chancen einzuräumen.

Neue bilaterale Verhandlungen mit der EU

Gesamthaft betrachtet werden die bevorstehenden Verhandlungen für die Wirtschaft zweifellos von geringerem Interesse sein als das sogenannte „ Siebnerpaket". Positive Interessen hat die Wirtschaft in den Bereichen Dienstleistungen, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte und Fiskalität (nur schweizerische Gegenforderungen für die Beseitigung gewisser Doppelbesteuerungs-Tatbestände im Verhältnis zu EU-Mitgliedstaaten). Problematisch hingegen ist für die Wirtschaft insbesondere das Fiskal-Dossier mit der damit verbundenen Absicht der EU, weltweit einige wenige Drittländer bei der extra-territorialen Eintreibung von Steuerschulden von EU-Inländern einzubinden. Die in diesem Zusammenhang von der EU vorgeschlagene Zahlstellensteuer ist wirtschaftspolitisch alles andere als optimal und kann nur dann auf Verständnis stossen, wenn damit die Frage einer Meldepflicht an ausländische Fiskalbehörden, wie sie innerhalb der EU angestrebt wird, ein für allemal und vollumfänglich vom Tisch ist. Economiesuisse hat stets unterstrichen, dass das schweizerische Bankkundengeheimnis nicht verhandelbar sein kann. Der Eindruck bleibt aber bestehen, dass es bei dieser Materie in erster Linie um die Frage der Rahmenbedingungen der weltweit wichtigsten Finanzplätze geht. Der Abbau der Personenverkehrskontrollen an der Grenze und der Einbezug der Schweiz in das Schengener Visasystem stossen bei der Wirtschaft auf Interesse, aber auch auf Skepsis. Politisch könnte das Thema Sicherheit („Schengen"/„Dublin") in der Schweiz zu einer innenpolitischen Knacknuss werden. Um die Unterstützung weiter Kreise zu erhalten, müsste der Bundesrat ein überzeugendes sicherheitspolitisches Konzept auf den Tisch legen.

Die übrigen Themen sind von minderer Bedeutung. Zum zeitlichen Vorgehen: Gewichtige Stimmen innerhalb der Wirtschaft fordern, dass der Bundesrat erst dann in weitere bilaterale Verhandlungen eintritt, wenn das Personenverkehrsabkommen von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert ist.

Optionen der Annäherung an die EU und interner Handlungsbedarf

Was geschieht, wenn dereinst auch die genannten weiteren bilateralen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU abgeschlossen sind? Mit welchen weiteren Entwicklungen ist auf der integrationspolitischen Ebene zu rechnen? Politik und Wirtschaft kommen nicht darum herum, sich diese Frage zu stellen. Die Politik beschäftigt sich periodisch damit. Der Bundesrat hat seine Beitrittsstrategie wiederholt bekräftigt, nach der Abstimmung vom 4. März 2001 aber relativiert. Die Eidgenössischen Räte haben im Zusammenhang mit der Behandlung der Initiative „Ja zu Europa" auf einen Gegenvorschlag verzichtet, der nichts weniger als ein Bekenntnis des Parlaments zur Beitrittsstrategie des Bundesrates beinhaltet hätte. Somit sind die Eidgenössischen Räte in ihrer Gestaltungsmöglichkeit nicht gebunden; der integrationspolitische Spielraum ist gewahrt. Die Aussenpolitische Kommission des Ständerates hat im Frühjahr 2001 ein ambitiöses Programm in Angriff genommen um abzuklären, welcher Reformbedarf in der Schweiz auf politischer Ebene besteht. Der Bundesrat seinerseits hat erklärt, dass er ebenfalls solche Abklärungen vornehmen will. Was dabei herausschauen wird, bleibt abzuwarten.

Die Wirtschaft ihrerseits möchte sich bezüglich der weiteren Ausgestaltung der Beziehungen zur EU nicht unter Zeitdruck setzen lassen. Sie will diese Frage mit der gebotenen Gelassenheit angehen. Aus diesem Grund treten die Gremien von economiesuisse dafür ein, die bestehenden Integrationsoptionen (bilateraler Weg, EWR, EU-Beitritt) offenzuhalten. Angesichts der Bedeutung der Europäischen Integration für die schweizerische Wirtschaft haben sie eine Abklärung der Postulate veranlasst, die sich unter den Gesichtspunkten „Staatspolitik", „Aussenwirtschaftspolitik", „Finanz- und Steuerpolitik" und „Sozialpolitik" bezogen auf die genannten Integrationsoptionen ergeben. Das Resultat dieser Abklärungen, an welchen zahlreiche Vertreter verschiedener Wirtschaftsbranchen und einzelner Unternehmen beteiligt waren, liegt seit Ende 2000 in Form einer umfassenden Broschüre von economiesuisse mit dem Titel *Europa – Optionen und Hausaufgaben* vor.[2]

Auf einen kurzen Nenner gebracht, sprechen sich die Wirtschaftskreise in der erwähnten Publikation dafür aus, dass das „Siebnerpaket" umgesetzt und dass

der bilaterale Weg weiter beschritten werden soll. Was den EWR betrifft, stellt sich angesichts des hohen wirtschaftlichen Integrationsniveaus, das unser Land mit den bilateralen Abkommen erreicht hat, aus Sicht von economiesuisse ernsthaft die Frage, ob ein solcher Schritt den damit verbundenen Aufwand rechtfertigen würde. Die Beitrittsfrage schliesslich ist eher ein politisches denn ein wirtschaftliches Anliegen. Man sollte sich jedoch im klaren sein, welche Reformen in der Schweiz vorerst in die Wege geleitet werden müssten und welchen wirtschaftspolitischen Preis man für einen Beitritt zu zahlen bereit ist. Dies bedeutet, dass ein Beitritt aus Sicht der Wirtschaft nur dann zur Diskussion stehen kann, wenn die Politik bereit ist, ein eigentliches schweizerisches Reformprogramm in Angriff zu nehmen und umzusetzen, welches namentlich die Staatsleitung und den Finanz- und Fiskalbereich betrifft. Ein solches Reformprogramm ist ansatzweise in der Broschüre skizziert. Andererseits wird auch nicht verhehlt, dass der bilaterale Weg längerfristig möglicherweise an Grenzen stossen könnte.

Die Wirtschaft ist also dezidiert der Meinung, dass die Politik vordringlich einige schwierige Hausaufgaben in der Schweiz anpacken muss. Je früher dies geschieht, desto besser. Ein Ignorieren dieser Herausforderung würde letztlich innen- und aussenpolitisch ins Offside führen. Diese Reformen sind unabhängig von der gewählten Integrationsoption erforderlich. Die Wirtschaft ist bereit, ihren Beitrag bei der Formulierung und Verwirklichung eines solchen Reformpaketes zu leisten.

---

[1] Die folgenden Ausführugen reflektieren auch die Haltung des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes.

[2] Der integrale Text dieser Broschüre ist in deutscher und französischer Sprache auf der Homepage von economiesuisse (www.economiesuisse.ch) abrufbar.